

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 9: Marktwirtschaft heute

Artikel: Wirtschaftschronik
Autor: Oeconomicus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162354>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den Kehrseiten des Föderalismus und der Konkordanzdemokratie.

Föderalistische Geste

Es kommt hierzulande selten vor, dass der Sport zu hohen Wellen in der Politik Anlass gibt. Diesen Herbst aber war es in vier Kantonen – und teilweise darüber hinaus – der Fall. Der Schweizer Sport möchte 1976 die Olympischen Winterspiele organisieren. Nun, das kam schon früher vor, und die Vorbereitungen lösten dabei keine politischen Haupt- und Staatsaktionen aus. Diesmal aber war es anders; erstens weil es heutzutage nicht mehr ohne grosse Subventionen der öffentlichen Hand möglich ist, einen solchen Anlass angemessen zu gestalten; zweitens aber – und dies vor allem –, weil sich unter die Bewerber neben drei Höhenkurzentren auch die «Grossstadt» Zürich mischte.

Obwohl dem Argument, dass eine Stadt besonders gute organisatorische Voraussetzungen zu bieten habe, nach den jüngsten olympischen Erfahrungen die Berechtigung nicht abzusprechen ist, kam diese Idee in weiten Teilen der Schweiz schlecht an. «Müssen die Zürcher nun auch dies noch an sich reissen?» So tönte

es aus allen Landesecken. Unter diesen Umständen war man gespannt auf den Entscheid der Zürcher selber, wobei der Urnengang seine besondere Note noch dadurch bekam, dass der olympische Plan eine «Landesring-Idee» gewesen war.

Nach einem äusserst aufwendigen Abstimmungskampf fiel die Entscheidung bei hoher Stimmbeteiligung überraschend deutlich aus. Die 145 000 Nein gegenüber 41 000 Ja kamen einer eigentlichen Demonstration gleich. Wofür oder wogegen? Das ist schwer zu sagen. Am wenigsten fiel wohl für einmal die Parteipolitik ins Gewicht. Schwerer wog wohl die tägliche Erfahrung des Zürchers, dass die Stadt immer rascher im Verkehr erstickt, und die entsprechende Überlegung, dass die Stadtverwaltung dringenderes zu tun hätte, als Mammutspiele zu organisieren. Ausschlaggebend aber dürfte die Einsicht der «Grossstädter» gewesen sein, dass hier das hochindustrialisierte Mittelland hinter den Berggebieten zurückzustehen habe. Der Entscheid ist andernorts auch entsprechend registriert worden. So hatte das kurze olympische Abenteuer vielleicht trotz allem sein Gutes: Es verhalf den Zürchern zur Möglichkeit einer föderalistischen Geste!

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Die D-Mark-Aufwertung

Die Aufwertung der D-Mark um 8,5% (auf die Goldparität gerechnet), die am 19. Oktober erfolgte, hat keine grossen Wellen mehr geworfen, nachdem der Wechselkurs unmittelbar nach den Wahlen (29. September) freigegeben worden war. Vorläufig bleiben, als flankierende Massnahmen gedacht, die Kreditrestriktionen der Bundesbank noch in Kraft. Bundesbankpräsident Blessing sprach zwar von einer nahe

bevorstehenden Lockerung der Kreditkontrollen. Dagegen wurde kurz vor der Aufwertung die sogenannte «Quasi-Aufwertung» (Exportsteuern und Importentlastungen) aufgehoben. Damit hat ein monatelanges, von teutonischen Klängen begleitetes währungspolitisches Trauerspiel seinen Abschluss gefunden.

In der Bundesrepublik selbst sind die Reaktionen differenziert ausgefallen; im allgemeinen kann wohl von einer *moderierten Zustimmung* gesprochen werden. Es gibt

natürlich Branchen, die von der Aufwertung relativ hart betroffen werden, unter ihnen vor allem die Schiffbauindustrie, einige Sektoren der Maschinenindustrie sowie die Stahlindustrie. Der Exportpreisindex der Bundesrepublik ist schon vor der Aufwertung respektabel gestiegen, so dass die Ausführpreise nach der Aufwertung rund 11% bis 12% über dem Niveau vor einem Jahr liegen dürften. Es ist dies eine Erhöhung, die zweifellos den Ausgleichsmechanismus in der Ertragsbilanz fördern wird.

Es ist andererseits bemerkenswert, dass die neue Regierung schon heute in Aussicht nimmt, im kommenden Jahr mit leicht *expansiv* wirkenden Massnahmen einzugreifen, um eine zu starke Bremswirkung in Binnenmärkten zu verhindern. Der Regierung geht es also in erster Linie um eine *strukturelle Umschichtung* der Nachfragekomponenten: Abbau der Auslandsnachfrage und wirtschaftspolitische Stützung der Inlandnachfrage.

Das Regierungsprogramm Brandts

Diese Politik hat im Regierungsprogramm von *Bundeskanzler Willy Brandt*, das in seinen wirtschaftspolitischen Passagen die Handschrift von Bundeswirtschaftsminister Schiller trägt, in der Formel von der «Stabilität ohne Stagnation» Ausdruck gefunden. Die Erwartung geht dahin, dass der Trend zu steigenden Preisen bis zum nächsten Frühjahr anhalten wird, dass dann aber eine Abflachung der Preisanstiegstendenz eintreten dürfte. Dies wäre dann offenbar auch der Zeitpunkt, in dem die Lockerung der Kreditkontrollen in Aussicht genommen werden könnte.

Sodann beabsichtigt die Regierung, zur Erhaltung und Verbesserung des Wettbewerbs eine Verschärfung der *Kartellpolitik* und eine Fusionskontrolle durchzusetzen. Die CDU/CSU hatte in diesem Sektor zufolge ihrer Interessenverfilzung mit der Wirtschaft einige Schwierigkeiten. So ist in der Bundesrepublik nunmehr das Paradoxon eingetreten, dass eine sozialdemo-

kratische Regierung eine wesentlich schärfere Wettbewerbspolitik ankündigt, als dies ihre bürgerliche und der Marktwirtschaft verpflichtete Vorgängerin tun konnte. Die sozialdemokratische Regierung hat übrigens nicht die Absicht, das wirtschaftspolitische Instrumentarium in Richtung eines stärkeren Interventionismus auszubauen; das Verstaatlichungspostulat hat sie bekanntlich schon vor einiger Zeit über Bord geworfen. Andererseits ist der Koalition eine Politik zum Opfer gefallen, die in effektiverer Weise gegen die Preisbindungen, insbesondere die Preisbindungen der zweiten Hand, hätte vorgehen können. Dasselbe gilt für die Mitbestimmung in den Betrieben.

Der Bundeskanzler hat seine Wirtschaftspolitik in ein Fünfpunkte-Programm kondensiert:

1. eine *Finanzpolitik*, die eine graduelle Umorientierung des Güterangebotes auf den Binnenmarkt zum Ziele hat;

2. Konsultationen mit der *Bundesbank* über die künftige Geld- und Kreditpolitik – eben mit dem Ziel einer sukzessiven Lockerung;

3. intensivere Zusammenarbeit mit den *Sozialpartnern* im Rahmen der sogenannten konzertierten Aktion, in die von nun an auch die Landwirtschaft einbezogen werden soll;

4. intensivierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im *Konjunkturrat* der öffentlichen Hand;

5. aktivere Mitarbeit Bonn's an einer stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EWG und an der Weiterentwicklung der internationalen Währungspolitik und des internationalen Währungssystems.

Konjunkturpolitische Passivität der Schweiz

Die Aufwertung der D-Mark hat die Schweiz nicht überrascht, wohl aber einmal mehr *unvorbereitet* getroffen. Die Änderung des Wechselkurses der D-Mark be-

deutet für unser Land eine Verstärkung der konjunkturellen Überhitzungstendenzen, bedeutet eine Intensivierung der ohnehin bestehenden inflationären Gefahr. Es ist nicht zu übersehen, dass mindestens der von der D-Mark-Aufwertung nun ausgehende inflationäre Druck durch eine adäquate Aufwertung des Schweizerfrankens hätte aufgefangen werden können. Insofern ist eine Änderung des Wechselkurses des Schweizerfrankens ins «Gerede» gekommen. Als Mittel für eine allgemeine Konjunkturdämpfung wäre sie dagegen ohnehin zu spät gekommen, denn der inflationäre Funke ist längst auf die Binnenwirtschaft übergesprungen. Zudem – dies ist ganz generell festzuhalten – eignet sich eine Wechselkursänderung als rein konjunkturpolitisches Mittel nicht; es handelt sich um eine ausgesprochen *strukturpolitische Massnahme*, deren Einsatz sich nur dann voll rechtfertigen lässt, wenn eine eindeutige *Unterbewertung* einer Währung vorliegt, wie das im Falle der Bundesrepublik zutraf. Dieser Nachweis ist aber für den Schweizerfranken nicht mit aller Klarheit zu erbringen, obwohl einige Indizien in dieser Richtung deuten. Die Schweiz verfolgt sodann bekanntlich eine sehr konservative Wechselkurspolitik, die nicht zuletzt an der Basis des enormen Vertrauenskapitals liegt, das unsere Währung auf den internationalen Finanzmärkten geniesst. Sie hat deshalb keine Veranlassung, mit leichter Hand an der Wechselkursschraube zu drehen. Trotzdem hat diese Entwicklung in unserem Lande einige Unruhe gestiftet, die insbesondere auch als Reflex der Unsicherheit bezüglich der Reaktionen anderer Länder gewertet werden muss.

Bundesrat Celio stellte in einer Fernseherklärung fest, dass die Schweiz zur Abwehr der inflationären Gefahr *andere Mittel* besitze. Diese ändern sind indessen, darüber kann kein Zweifel bestehen, äusserst *schwach*. Sie beschränken sich, so wie die Dinge heute liegen, praktisch auf die

Kreditpolitik, das heisst auf eine rigorosere Anwendung des zwischen der Nationalbank und den Banken abgeschlossenen Rahmenabkommens. Allerdings ist es auch kein Geheimnis mehr, dass der Bundesrat, alarmiert durch die Überhitzungsgefahr, *anti-inflationäre Massnahmen* vorbereitet, in deren Mittelpunkt autonome Zollsenkungen stehen dürften.

Frankreich und England nach der D-Mark-Aufwertung

In *Frankreich* und *Grossbritannien* ist die D-Mark-Aufwertung natürlich gut aufgenommen worden. Als Zahlungsbilanzdefizitländer versprechen sie sich von diesem Vorgehen der Bundesrepublik einen positiven Effekt auf den Ausgleichsmechanismus der Zahlungsbilanzen; dasselbe gilt natürlich auch für die USA. In die grundsätzlich positiven Stimmen in Frankreich hat sich jedoch auch eine gewisse *Enttäuschung* gemischt: Abwertung in Frankreich – Aufwertung in Deutschland! Dies zeigt mehr als alles andere die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Ländern während der vergangenen Jahre. Es ist in Frankreich nun offenbar geworden, dass Paris, vor allem während der Epoche de Gaulles, einer weitgehend illusionären Wirtschaftspolitik nachgejagt war.

In *Grossbritannien* andererseits sind die Reaktionen ebenfalls zustimmend, aber doch eher reserviert ausgefallen; die Abwertung des Pfundes liegt zu lange zurück – es sind nun ziemlich genau zwei Jahre vergangen –, als dass man sich einen kombinierten Effekt ausrechnen könnte. Man erwartet nicht, dass die D-Mark-Aufwertung den leichten Erholungsprozess, der sich nun in Grossbritannien anzubahnen scheint, in einem wirklich substantiellen Ausmasse fördern könnte.

Oeconomicus